

Sitzung des CEDAW-Ausschusses in Genf

Am 2. Februar 2009 wurde die Bundesregierung zu ihrem 6. Staatenbericht vom Ausschuss der UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) in Genf befragt. Der Ausschuss zeigte sich sehr gut vorbereitet und stellte der Delegation der Bundesregierung detaillierte und sehr differenzierte Fragen.

Die Delegation der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands, der der Deutsche Frauenring angehört, hatte mehrfach Gelegenheit, über den Alternativbericht hinausgehende Fragen der Ausschussmitglieder mündlich und schriftlich zu beantworten.

Der CEDAW-Ausschuss forderte die Bundesregierung auf, das CEDAW-Abkommen in Deutschland bekannter zu machen und in die Rechtspraxis einfließen zu lassen. Auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) solle CEDAW-konform überarbeitet und die Antidiskriminierungsstelle besser unterstützt werden.

Der Ausschuss forderte weiterhin eine gezielte Gleichstellungspolitik, insbesondere die koordinierte Umsetzung der gleichstellungspolitischen Instrumente Gender Mainstreaming und Gender Budgeting. Die familienpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung führten nicht zu Fortschritten in der Gleichstellung, sondern bewirkten eher eine Verfestigung traditioneller Rollenmodelle.

Geschlechtsstereotype wirken sich auch auf dem Arbeitsmarkt aus. Frauen sind von horizontaler Segregation, atypischen Beschäftigungsformen, insbesondere Teilzeitverträge und Mini-Jobs, stark betroffen, denn ihre Arbeitsmarktintegration orientiert sich an traditionellen Formen der Arbeitsteilung im Haushalt. Die Betreuung von kleinen Kindern wird den Müttern zugedacht, die deshalb häufig nicht erwerbstätig sind. Immer noch fehlen Kinderbetreuungseinrichtungen. In Führungspositionen in Wirtschaft und auch Politik sind Frauen zu wenig vertreten. Diese Situation führt insgesamt zu einem beträchtlichen Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern. Niedrige Löhne, unterbrochene Erwerbskarrieren und niedrige Renten sind Folgen, die das Armutsrisiko von Frauen verstärken. Die zielgerichtete Überwindung von Rollenstereotypen ist deshalb eine wichtige Aufgabe. Der Ausschuss zeigte sich besorgt und fragte die Regierungsvertreter u.a., welche Maßnahmen sie in diesem Feld ergreifen wollen.

Lesen Sie auch die Pressemitteilung der Allianz